

**Antrag**

Fraktion der FDP

Hannover, den 10.02.2015

**Stromsteuer senken - Energiepreise bezahlbar machen**

Der Landtag wolle beschließen:

## Entschließung

Die Stromsteuer wurde zum 1. April 1999 im Rahmen des Gesetzes zum Einstieg in die ökologische Steuerreform eingeführt. Sie beträgt momentan 2,05 ct/KWh. Das jährliche Steueraufkommen aus der Stromsteuer beläuft sich auf ca. 7 Milliarden Euro.

Ziel der Stromsteuer ist laut Gesetzesbegründung, dass Energie durch höhere Besteuerung verteuert wird. Der durchschnittliche Strompreis betrug 2014 29,13 ct/KWh. Staatliche Abgaben haben daran einen Anteil von fast 50 %. Die stetig steigenden Energiekosten werden zugleich für viele Bürger und Unternehmen zu einer finanziellen Belastung, die sie kaum noch tragen können.

Aus diesem Grund fordert der Landtag die Landesregierung auf, eine Bundesratsinitiative zur Senkung der Stromsteuer einzubringen.

## Begründung

Die Energiekosten steigen in Deutschland für Unternehmen und Privatkunden stetig an. Seit dem Jahr 2001 hat sich der durchschnittliche Strompreis fast verdoppelt. Hauptkostenpunkt ist dabei das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Die EEG-Umlage beträgt 2015 6,170 ct/KWh. Die Einnahmen aus der Umsatzsteuer auf die EEG-Umlage lagen 2013 bundesweit bei 1,35 Milliarden Euro. Für 2014 wurden Einnahmen von 1,61 Milliarden Euro erwartet.

Der Monitoring-Bericht 2013 der Bundesnetzagentur weist aus, dass im Berichtsjahr 2012 nach Unternehmensangaben bundesweit insgesamt fast 5,7 Millionen Sperrungen gegenüber Haushaltskunden angedroht wurden, von denen etwa 1,2 Millionen in eine Beauftragung einer Sperrung beim zuständigen Netzbetreiber mündeten. Zudem sind in diesem Jahr 321 539 Unterbrechungen von Haushaltskunden durch die Netzbetreiber durchgeführt worden.

Ministerpräsident Weil hat beim Neujahrsempfang der Industrie- und Handelskammer in Braunschweig am 13. Januar 2015 eine Senkung der Stromsteuer gefordert - zum wiederholten Male. Bereits am 14. März 2013 wurde er in der HAZ mit folgenden Worten zitiert: „Deshalb betrachte ich die Senkung der Stromsteuer an dieser Stelle in der Tat als einen Königsweg“. Weiterhin kündigte er an, sich bei der Ministerpräsidentenkonferenz für eine Senkung um 25 % einsetzen zu wollen.

Christian Grascha  
Parlamentarischer Geschäftsführer

(Ausgegeben am 11.02.2015)